

## ANTRÄGE

### 1) Absicherung der Hilfe für junge Frauen – budgetäre Vorsorge für die Förderung der Schwangerenberatungsstelle der Caritas

GRin. **Potzinger** stellt folgenden Antrag:

GRin. **Potzinger**: Sehr geschätzter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren! Der Antrag betrifft die Absicherung der Hilfe für junge Frauen – budgetäre Vorsorge für die Förderung der Schwangerenberatungsstelle der Caritas. Tausende Frauen suchen und finden jedes Jahr in der Schwangerenberatungsstelle der Caritas in der Leonhardstraße Rat und Hilfe. Die Schwangerschaftskonfliktberatung ist ein besonders sensibler und wichtiger Bereich - hier werden Frauen kostenlos und anonym behutsam und professionell unterstützt. Oft kann die Information über alle Fördermöglichkeiten, die es seitens des Bundes und des Landes, aber auch speziell in der Stadt Graz gibt, der Frau das Ja zu Kind erleichtern. Dieses Angebot ist somit eine wertvolle flankierende Maßnahme zur Fristenregelung, die niemand in Frage stellt – dieser Sidestep ist mir wichtig, weil es in letzter Zeit ja Diskussionen gegeben hat. Was wir alle wollen und brauchen, ist Ausweitung von Beratung und Hilfe, dies sei an dieser Stelle nochmals ganz klar gesagt.

Viele junge Mütter sind während der Schwangerschaft und nach der Geburt ihres Kindes froh über die vielfältige Hilfe des Beratungszentrums - die Stillberatung und die Schreiberberatung sind aber ebenso wie andere Angebote derzeit schon im Fortbestand gefährdet, weil Fördermittel fehlen und wenn sie nicht ausreichend finanziert werden, ist es ein großer Nachteil für die jungen Frauen. Der Anteil der Stadt Graz an den Fördermitteln ist derzeit so gering, das wir uns eigentlich genieren müssen, also im einstelligen Prozentbereich, obwohl die meisten Frauen aus Graz kommen. Die Stadt Graz ist daher dringend herausgefordert, ihre Kinderfreundlichkeit durch Maßnahmen zu stärken, die den Mut zu Kindern fördern. Kinder sind die Zukunft unserer Stadt - wir wollen dazu beitragen, dass möglichst viele Frauen, die sich Kinder wünschen, diesen Wunsch auch realisieren und die Freude an Kindern erleben können.

Daher stelle ich namens der ÖVP-Gemeinderatsfraktion den

## **A n t r a g ,**

die ressortzuständige Stadträtinnen mögen budgetäre Vorsorge treffen, um durch Erhöhung der Fördermittel die Hilfsangebote der Schwangerenberatungsstelle der Caritas abzusichern. Danke (*Applaus ÖVP*).

*Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

### **2) Attraktivierung des Eingangsbereiches des Botanischen Gartens**

GRin. Dr. **Leb** stellt folgenden Antrag:

Dr. **Leb**: Werte Kolleginnen und Kollegen! Mein Antrag behandelt die Attraktivierung des Eingangsbereiches des Botanischen Gartens in Graz. Der Botanische Garten in der Schubertstraße geht auf die Gründung eines Botanischen Gartens durch Erzherzog Johann im Bereich des Joanneums in der Neutorgasse zurück. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts wurde er auf seinen jetzigen Standort übersiedelt, als Forschungsareal für das neu errichtete Botanische Institut.

Das heute noch, leider in desolatem Zustand, bestehende Glashaus entstand 1889 und stellt das letzte noch erhaltene Beispiel eines reduzierten, progressiven Ingenieurbau der Glashausarchitektur dieser Zeit in Österreich dar.

1995 vollendete Volkmar Giencke die modernen Glashäuser und 1996 entstand die exklusive Pflanzenphysiologie von Klaus Kada unter Einbeziehung des alten Botanischen Institutes.

Universitäre Botanische Gärten sind vornehmlich Stätten der Forschung und Lehre. Aber natürlich sind sie auch ein Ort der Erholung oder des Interesses für die Bürger einer Stadt. Bei unserem Botanischen Garten kommt die von mir oben erwähnte spannende Architektursituation dazu, die den Botanischen Garten noch mehr zu einer Besonderheit werden lässt.

Der Institutsleiter Univ. Prof. Dr. Helmut Mayrhofer gemeinsam mit seinem neuen Gartenleiter Dr. Christian Berg bemühen sich intensiv um einige konzeptionelle Veränderungen im Botanischen Garten.

Schon im Laufe des heurigen Jahres gab es einige sehr gut besuchte Veranstaltungen, so wie zum Beispiel die Eröffnung des neuen Bauerngartens auf dem Areal hinter dem Bundesdenkmalamt, oder die zur Zeit laufende internationale Ausstellung „Fetzen im Wind“.

Ein Kernpunkt dieser Bestrebungen ist die bessere Platzierung des Gartens in der Stadt und in der Öffentlichkeit, wozu als eines der ersten Projekte die Neugestaltung des Haupteinganges in der Schubertstraße gehört.

Um dies verwirklichen zu können, sind einige bauliche Veränderungen im Gehweg- und Straßenbereich vor dem Haupteingang Schubertstraße dringend notwendig: Dazu gehört eine Absenkung des Bordsteins für barrierefreies Zufahren von der Straße, Pflasterung des Grünstreifens zwischen Straße und Gehweg, Zurücknahme von 2 Parkplätzen unmittelbar vor dem Eingang, Etablierung eines Behindertenparkplatzes neben dem Eingang, Erlaubnis zum Aufstellen von zwei Fahrradständern im Gehwegbereich, momentan müssen die Fahrräder noch innerhalb des Haupteinganges abgestellt werden und eine Erlaubnis zur optischen Gestaltung des Eingangsbereiches.

Hier ist die Unterstützung der Stadt notwendig und daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

### **A n t r a g:**

Der Gemeinderat möge beschließen, dass die zuständigen Magistratsabteilungen beauftragt werden, die straßenseitige Neugestaltung des Haupteingangs des Botanischen Gartens in der Schubertstraße umzusetzen.

*Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

### **3) Aufhebung des Linksabbiegeverbotes in den Moelkweg**

GR. **Rieger** stellt folgenden Antrag:

GR. **Rieger**: Sehr geehrter Bürgermeister! Seit dem November 2006 bemühen sich Frau Bezirksvorsteherstellvertreterin Elisabeth Glettler und ich, dass das Linksabbiegeverbot von Westen kommend von der Waltendorfer Hauptstraße in den Moelkweg aufgehoben wird, nachdem das die Anrainer in einer turbulenten Bezirksversammlung am 21.11.2006 vehement gefordert haben.

Anträge, Schreiben und eine Frage in der Fragestunde an Herrn StR. Dipl.-Ing. Rüschi blieben bis jetzt ohne Antwort.

Auch der Wunsch der Anrainer blieb ungehört – das Linksabbiegeverbot ist noch immer aufrecht. Und es darf niemanden wundern, dass die AnrainerInnen mittlerweile den Glauben an die Politik und speziell das Vertrauen in den zuständigen Stadtsenatsreferenten verloren haben.

Ich stelle daher namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion folgenden

#### **A n t r a g :**

Die zuständige Stelle des Magistrates Graz ist zu beauftragen, dieses Linksabbiegeverbot von der Waltendorfer Hauptstraße in den Moelkweg ab sofort aufzuheben.

*Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

### **4) Eckwertbudgetierung/ „Geschützte“ DienstnehmerInnen**

GR. **Rieger** stellt folgenden Antrag:

GR. **Rieger**: Sehr geehrter Bürgermeister! Mit der Eckwertbudgetierung sind nunmehr ja auch die Personalkosten in den jeweiligen Magistratsabteilungen veranschlagt. Das betrifft auch die Kosten für die so genannten „geschützten“ DienstnehmerInnen.

Und für diesen Personenkreis ist diese Einbindung in die Regel-Eckwertbudgetierung natürlich eine große Benachteiligung: KollegInnen, die auf Grund von persönlichen Beeinträchtigungen vermindert eingesetzt werden können, werden sich in Zukunft weniger leicht bis kaum versetzen lassen können, Neuaufnahmen von geschützten MitarbeiterInnen werden unter diesen Gesichtspunkten aber kaum mehr erfolgen, da bekanntlich erschwerend hinzukommt, dass der öffentliche Dienst für die Beschäftigung von „geschützten“ MitarbeiterInnen vom Land nicht mehr die aliquote finanzielle Stützung erhält, die in der Vergangenheit üblich war und die für die so genannte freie Wirtschaft nach wie vor gilt.

Was zur schlimmen Schlussfolgerung führt, dass Menschen, die ohnehin bereits auf Grund ihres persönlichen Schicksals benachteiligt sind, dann, wenn aus finanziellen Gründen bei den Personalkosten gespart werden muss, zu allererst zum Handkuss kommen – weil es sich eben eine Abteilung einfach nicht „leisten“ kann, eine oder vielleicht nur zu 50 Prozent Bediensteten zu 100 Prozent zu entlohnen.

Gerade weil die Stadt Graz in der Vergangenheit auch bei der Beschäftigung von MitarbeiterInnen mit Einschränkungen vorbildhaft war, wäre jetzt eine solche eklatante Schlechterstellung ein unentschuldbarer Rückschritt. Der Dienstgeber ist daher dringend gefordert, eine Lösung zu erarbeiten, um Menschen mit Einschränkungen auch in Zukunft im Magistrat Chancen und Perspektiven zu bieten. Etwa in der Form, dass die Kosten für „geschützte“ MitarbeiterInnen von den jeweiligen Abteilungen nur noch im aliquoten Verhältnis zum Beschäftigungsausmaß über die Eckwertbudgetierung getragen werden müssen, die Restsumme über einen „zentralen“ Budgetansatz finanziert wird.

In diesem Sinne stelle ich daher namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion den

## **A n t r a g ,**

Magistratsdirektion, Personalamt und der Finanzdirektion mögen beauftragt werden, gemäß Motivenbericht für die Budgeterstellung ab dem Jahr 2008 eine Lösung zu entwickeln, um auch im Rahmen der Eckwertbudgetierung die Beschäftigung „geschützter“ MitarbeiterInnen abzusichern.

Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Gemeinderat, diesen Antrag möchte ich sofort beantworten, weil es sich anscheinend noch nicht bis zu Ihnen durchgesprochen hat. Selbstverständlich war das sofort eines meiner Hauptanliegen bei der Eckwertdiskussion und es ist ja auch bis jetzt zu überhaupt keinen Kürzungen im Bereich der Beschäftigung von Behinderten gekommen, sondern im Gegenteil, ich würde fast sagen, europaweit sind wir mit dem Magistrat jetzt Musterbeispiel, wie man mit Menschen mit Behinderungen umgeht. Ich habe selbstverständlich gesagt, es kann niemals sein, dass jetzt auch in Zukunft durch Eckwerte eine solch gute Position der Stadt Graz aufgehoben werden würde und dass die Menschen dann bei uns auch davon betroffen werden. Es hat mir schon sehr weh getan, dass der Landeshauptmannstellvertreter und zuständige Landesrat Flecker uns im Behindertenbereich die Zuschüsse, die es bis zur letzten Wahl gegeben hat, in Graz nicht mehr zugestehen will, er tut es nicht, das gilt für alle Gemeinden. Ich hoffe, dass alle so beispielgebend wie wir dabei bleiben und wir werden natürlich das jetzt auch nicht mehr in Richtung Magistratsdirektion etc. empfehlen können, weil der Herr Magistratsdirektor gemeinsam mit dem Herrn Dr. Kalcher, gemeinsam auch mit der Gewerkschaft, schon längst an einem Projekt arbeitet. Ich habe vorgeschlagen, dass in Hinkunft alle Abteilungen ihre Verpflichtung wahrnehmen müssen, wenn es um die Beschäftigung von Menschen mit Behinderung geht. Das heißt ganz konkret, es wird ein Pool eingerichtet, ein Cash-Pool, in dem alle Abteilungen, ob sie nun Menschen mit Behinderung beschäftigen oder nicht, in richtigen Verhältnissen einzahlen, sodass sie in jedem Fall geleistet sein wird, auch trotz der Eckwertbudgetierung, dass wir in Hinkunft da keine Kürzungen erfahren und das ist genau das, was Sie auch wollen. Aber wie gesagt, das läuft schon und es wird ein Gemeinderatsstück diesbezüglich auch zum Budget hin so vorbereitet, dass mit 1.1. außer Streit gestellt

ist, dass die Menschen, die bei uns hier arbeiten und einen tollen Dienst versehen, da auch keine Sorge mehr haben müssen. An dieser Stelle möchte ich mich aber auch bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Magistrates bedanken, es ist nicht selbstverständlich, dass Menschen mit Behinderungen auch mit einem Behinderungsgrad über 50 % so aufgenommen werden an ihrem Arbeitsplatz, wie das bei uns der Fall ist und da darf ich Sie im Besonderen mit einschließen, weil gerade das Projekt Step by Step in Ihrer Abteilung, in Ihrem Referat unten, quasi untergebracht ist und ich jeden Tag sehen kann, wie wir diesen jungen Menschen geholfen haben, also ein besonderes Kompliment an Sie und Ihr Team da unten, Ihr habt das toll gemacht (*Applaus ÖVP*).

GR. **Rieger**: Herzlichen Dank für dieses Kompliment, es freut mich, dass meinen Intentionen auch in dieser Weise entsprochen worden ist und zum Land kann ich nur sagen, ich glaube, es wäre auch hilfreich, Herr Bürgermeister, wenn Sie mit dem Herrn Landesrat Buchmann reden würden als Finanzreferenten, dass er auch die notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung stellen würde (*Applaus SPÖ*).

## 5) Baumschneidungen an der HS Puntigam

GR. **Rieger** stellt folgenden Antrag:

GR. **Rieger**: Am Grundstück der Hauptschule Puntigam im Bereich der Gradnerstraße befindet sich eine Allee mit sehr hohen Bäumen. Dieser Baumbestand bereitet aber leider speziell bei starkem Wind oder Sturm den AnrainerInnen Probleme: Denn immer wieder landen dann abgebrochene Äste in den Gärten der gegenüberliegenden AnrainerInnen. Wobei das Bruchholz nicht nur lästig ist, da es dann von den AnrainerInnen entsorgt werden muss – herunterbrechende Äste stellen auch ein Sicherheitsrisiko dar: Nicht auszudenken, wenn Personen dadurch zu Schaden kommen.

Zwar versuchten AnrainerInnen bereits mehrmals, ein Zurückschneiden der Bäume zu erreichen, doch „verirrten“ sie sich bislang im Kompetenzdschungel des Magistrates: Keine Fachabteilung wollte sich für den Baumschnitt verantwortlich fühlen.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher folgenden

### **A n t r a g :**

Die zuständige Stelle des Magistrates Graz ist zu beauftragen, die Bäume im Bereich der Hauptschule Puntigam in der Gradnerstraße zurückzuschneiden, um in Zukunft Sturmschäden bei den Nachbarn und auch am Gebäude der Hauptschule zu verhindern.

***Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

Bgm. Mag. **Nagl**: Einen Nachsatz noch zu Ihrem Vorschlag, ich möge im Land oben Verhandlungen führen. Ich habe es dem Herrn Landesrat Flecker mittlerweile auch schon persönlich einige Male gesagt, aber es ist einfach wieder diese Schlechterstellung gegenüber der Stadt Graz. Bislang haben wir immer auch für unsere Beschäftigten, die eine Behinderung haben, einen Zuschuss bekommen nach dem Schlüssel 60 : 40, das ist nicht mehr der Fall, das sind umgerechnet in etwa 700.000 Euro, die wir bisher vom Land bekommen haben, es hat im Sozialbudget des Landes keine Kürzungen gegeben, trotzdem besteht der Herr Landesrat darauf, dass wir das in Zukunft selber bezahlen und wie gesagt, ich werde da eh nicht müde werden und werde es jedes Mal wieder mitvorbringen (*Applaus ÖVP*).

## 6) Sanierung Raiffeisenstraße

GR. **Eichberger** stellt folgenden Antrag:

GR. **Eichberger**: Sehr geehrter Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! In meinem Antrag geht es um eine Teilsanierung der Raiffeisenstraße im Bereich des Bezirkes Liebenau. Die Raiffeisenstraße präsentiert sich zwischen der Eduard Keil-Gasse und der Puntigamer Straße nach diversen Aufgrabungen von Leitungsträgern in einem erbärmlichen Zustand und es ist jetzt zuletzt einmal sogar passiert, dass einem Auto durch diesen Zustand der Straße die Ölwanne abgerissen wurde.

Um also den AnrainerInnen und den BenützerInnen dieses Straßenabschnittes weiteren Ärger zu ersparen, stelle ich daher namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs folgenden

### **A n t r a g :**

Die zuständige Stelle des Magistrates Graz möge beauftragt werden, die Raiffeisenstraße zwischen der Eduard-Keil-Gasse und der Puntigamer Straße sofort mit einer neuen Asphaltsschichte auszustatten (*Applaus SPÖ*).

*Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

## 7) Sturzgasse-Sperrmüllanlieferung

GR. Mag. **Fabisch** stellt folgenden Antrag:

Mag. **Fabisch**: Lieber Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren! In der Gemeinderatssitzung am 16. November 2006 wurde im Zuge des Beschlusses

der Grazer Abfuhrordnung 2006 gegen die Stimmen der KPÖ auch beschlossen, für die Anlieferung von Abfällen wie Sperrmüll, Grünabfälle, Schrott, Holz, Bauschutt, Altreifen und Fensterglas bis zu einer Gesamtmenge von 200 kg pro Anlieferung im Recyclingcenter der AEVG ab dem 1. Juli 2007 einen Kostenersatz von € 4,- inklusive der gesetzlichen Umsatzsteuer zu verrechnen.

Die Anlieferungen dieser Abfälle bei der AEVG gingen stark zurück und es ist zu befürchten, dass letztendlich derartige Abfälle auf nicht legale Weise entsorgt werden, was auch verstärkt passiert.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

### **A n t r a g :**

Die Abfuhrordnung 2006 wird dahingehend geändert, dass jedenfalls den Liegenschaftseigentümern im Abfuhrbereich der Stadt Graz die kostenlose einmalige jährliche Anlieferung derartiger Abfälle bis zu einer Gesamtmenge von 200 kg ermöglicht wird (*Applaus KPÖ*).

***Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***